

Das Eichsfeld wehrt sich!



Spätestens seit dem Jahr 2015 wurde vielen Bürgern klar, daß die Politiker unseres Landes nicht im Sinne des deutschen Volkes oder der einheimischen Wähler handeln. Sicher hätte diese Erkenntnis schon weit früher reifen müssen, zumal die Politiker die Tatsache der Umvolkung Deutschlands schon gar nicht mehr leugnen.

Zu vielen Mitbürgern sind die „berühmten“ Aussagen noch immer nicht durchgedrungen. „Man kann sich nicht darauf verlassen, daß das, was vor den Wahlen gesagt wird, auch wirklich nach den Wahlen gilt.“, „Moscheen werden Teil unseres Stadtbildes sein.“ (Angela Merkel / CDU)

„Deutsche Nation, das ist für mich überhaupt nichts, worauf ich mich positiv beziehe – würde ich politisch sogar bekämpfen.“ (Franziska Drohse, SPD)

„Deutsche Helden müßte die Welt, tollwütigen Hunden gleich, einfach totschiessen.“ (Joschka Fischer, Bündnis90/Die Grünen)

Doch es nützt nichts zu jammern. Wir alle müssen aus diesen wenigen exemplarischen Zitaten die Wahrheit über die uns Regierenden erkennen und Schlüsse für die Zukunft daraus ziehen. Als die Asylflut 2015 auch unseren beschaulichen Landkreis Eichsfeld erreichte, rieb sich so mancher Bürger verwundert die Augen. Vorgänge, die man sonst nur aus anderen Städten oder Bundesländern kannte, wurden auch hier ohne Rücksicht auf das eigene Volk umgesetzt. Am härtesten traf es die

Schüler und Eltern der Förderschule in Heilbad Heiligenstadt. Allen Warnungen und der Kritik von Lehrern und Eltern zum Trotz, wurde die Schule innerhalb von wenigen Tagen von deutschen Schülern geräumt und ins 20 Kilometer entfernte Birnkungen verlegt. Da von Seiten des Landrats die Umwidmung der Schule unerbittlich durchgesetzt wurde, gingen Eltern und Schüler am 19. August gegen die Schließung auf die Straße. Leider wurde schon bald klar, daß die Entscheidung bestehen bleibt.



Daraufhin entbrannten Diskussionen, wie mit der veränderten Situation umzugehen war. Die Initiative „Das Eichsfeld wehrt sich“ wurde mit Unterstützung vieler nationaler und patriotischer Parteien, Organisationen und Einzelpersonen aus der Taufe gehoben. Alle waren sich einig, daß es nun darum gehen muß, Farbe für die Belange unseres eigenen Volkes zu bekennen, bevor es zu spät ist.

„Ein Licht für Deutschland“ war das erste gemeinsame Projekt und breitete sich schnell über die Grenzen des Landkreises aus. Oft fanden an einem Tag Mahn-

wachen in sechs Orten im Eichsfeld statt. Passend zur „dunklen Jahreszeit“ wurden die Bürger dazu aufgefordert mit Kerzen an den Rathäusern ein Zeichen gegen die verfehlte Asylpolitik zu setzen. Was anfangs als stummer Protest gedacht war, wurde durch ein Verbot des Landkreises schnell zu einer politischen Kundgebung, auch die Teilnehmerzahlen erreichten in Heilbad Heiligenstadt zeitweise 160 Personen.

Uns war nicht daran gelegen eine Großkundgebung ähn-

lich wie bei der „PEGIDA“ abzuhalten. Wir wollten neue Wege gehen und die Bürger zum Mitmachen animieren. Dadurch entstanden feste Gruppen, die nun eigenständig vor Ort in ihren Heimatgemeinden agieren. Die Gründung weiterer Bürgerbewegungen wird von uns unterstützt und gefördert.

Aufruf zum Handeln

In den letzten Wochen und Monaten hat sich das Klima in unserem Land erheblich verändert. Was viele Bürger nicht für möglich hielten, ist nun bittere Realität geworden. Der Bevölkerungsaustausch ist in vollem Gange und nur aufzuhalten, wenn

jetzt alle Deutschen zusammenstehen.

Es kommt nicht darauf an, mit Hunderten und Tausenden auf die Straße zu ziehen und um Veränderungen zu betteln. Es gilt jetzt mehr denn je, für unsere Heimat, unsere Städte und Dörfer vor Ort aktiv zu werden. Unsere Initiative „Das Eichsfeld wehrt sich“ wird im Jahr 2016 überall im Eichsfeld anzutreffen sein. Wir sind ein lokaler Zusammenschluss von Initiativen und Bürgerbewegungen des gesamten Landkreises.

Wir sind bereit mit jedem zusammenzuarbeiten, der die nahende Katastrophe nicht tatenlos hinnehmen will. Wir fragen nicht, was gestern war, sondern was wir morgen gemeinsam für unser Land tun können. Wir werden den Eiertanz um Distanzierungen von Parteien und /oder Organisationen nicht länger mitmachen.

Jeder zählt, wenn es darum geht die Zukunft unserer Kinder in ihrer Heimat zu sichern.

Wir bieten Unterstützung bei der Gründung von Bürgerinitiativen/ -bewegungen und bei der Anmeldung und Durchführung von Veranstaltungen. Wir helfen Ihnen mit technischer Ausrüstung und stellen bei Bedarf Redner oder Moderatoren für Versammlungen. Wir beraten Sie, wie Sie vor Ort Widerstand organisieren können.

Wir reichen allen Deutschen die Hand, für Sicherheit, Freiheit und die Zukunft unserer Kinder. Melden Sie sich und helfen auch Sie dabei, Deutschland wieder besser zu machen. (red)

28. Mai 2016

Auf zum Eichsfeldtag in Leinefelde! Asylflut stoppen!



Am Sonnabend, den 28.05.2016 ab 12 Uhr, ist es wieder soweit. Der Eichsfeldtag steht vor der Tür. Wie in den Jahren zuvor haben wir ein ordentliches Programm für alle Deutschen, die noch Deutsche sein wollen, auf die Beine gestellt. Schonungslos wollen wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln die verfehlte Politik auf allen Ebenen angreifen und offenlegen.

Der Nachmittag gehört wie immer den zahlreichen Familien. Auch in diesem Jahr haben wir wieder eine große Hüpfburg, Kinderspiele, kleine Wettkämpfe und zahlreiche weitere Attraktionen für die lieben Kleinen vorbereitet. Dazu passend werden am Vormittag Liedermacher und politische Vorträge das Gesicht der Veranstaltung prägen.

Neben Verkaufsständen volkstreuer Verlage und Warenhäuser, stellen sich auch in diesem Jahr wieder Initiativen und Organisationen aus dem gesamten nationalen Spektrum vor. Wie immer werden in abgetrennten Bereichen Vorträge zu hören sein. Für alle Freunde guter deutscher Rockmusik, wird es am späten Nachmittag spannend. Die bekannten Musikgruppen Sturmwehr, TV und Oidoxie werden ab 18 Uhr zu hören sein.

Als Redner sind geplant:

Thorsten Heise

Jahrgang 1969, Unternehmer. Heise lebt mit seiner Frau und seinen drei Kindern in Fretterode. Von dort aus führt er ein erfolgreiches Versandunternehmen und einen Buchverlag. Thorsten Heise ist Mitglied des Kreistages

Spenden Sie für die politische Erneuerung unserer Heimat!

Paypal: Info@NPD-Eichsfeld.de

Spedenkonto:
NPD Eichsfeld
BLZ: 82057070
Kreissparkasse Eichsfeld
Kontonr.: 106007190

Parteispenden sind steuerlich absetzbar!

im Eichsfeld. Er ist stellvertretender Landesvorsitzender der NPD. Heise ist auch Vorsitzender des Kreisverbandes Eichsfeld.

Karl Richter

Jahrgang 1962, Politiker. Karl Richter sitzt seit dem Jahr 2008 für die BI Ausländerstopp im Münchner Rathaus. Als Publizist hat er zahlreiche Artikel in unterschiedlichen nationalen Zeitungen veröffentlicht. Als Redner ist er Vielen durch seine klaren Worte in Erinnerung geblieben. Weitere Informationen finden Sie unter www.auslaenderstopp-muenchen.de

Ulrich Pätzold

Publizist. Ulrich Pätzold als ehemaliger Bundesvorsitzender der Deutschen Partei, steht seit Jahren für klare Worte innerhalb der deutschen „Rechten“. Als ehemaliges Bundesvorstandsmitglied der NPD spricht er am 28. Mai zu uns.

Daniel Carlsen

Jahrgang 1990, Politiker. Daniel Carlson ist Vorsitzender der Dänischen Volkspartei. Er wird uns einen Überblick über die Migrationswelle und deren Folgen für Deutschland und ganz Europa verschaffen. Da er zur Zeit einer Beschäftigung im Europaparlament nachgeht, können wir uns auf eine Reihe spannender Fakten und Hintergründe freuen.

Wir hoffen auch in diesem Jahr zahlreiche Eichsfelder begrüßen zu dürfen. Kommen Sie am 28.05.2016 nach Leinefelde und machen Sie sich ein eigenes Bild von der einzigen nationalen Alternative im Eichsfeld.



Islam = Islamismus

Die Deutschen betrügen sich selbst

Behörden und verantwortliche Politiker üben sich gern darin, uns einzureden, auch nach Terroranschlägen in Nachbarländern sei alles nur halb so schlimm.

Von Jürgen Gansel & Patrick Wieschke

In Thüringen sei das Gefährdungspotential ohnehin überschaubar. „Es gibt jedoch bislang keine Hinweise auf einen Bezug zu Deutschland oder konkret bevorstehende Anschläge“ erklärte Thüringens Innenminister nach den Anschlägen von Paris. Dabei genügt für Mord und Terror ein einzelner, dessen Hirn man (noch) nicht, wie etwa die Planungen einer ganzen Gruppe, überwachen kann. Thüringens Sicherheitsbehörden gingen schon weit vor der Ankurbelung der Masseninvasion nach Deutschland von einer dreistelligen Zahl ausländischer Extremisten im Freistaat aus.

Die Gefährdungslage ergibt sich dabei aus jedem Einzelnen, was schlichtweg ignoriert wird und natürlich folgenlos bleibt. Toleranz gilt schließlich für Jedermann. Der bei Politikern mit Sicherheit bewußte und bei Gutmenschen zumeist Unbewußte Selbst- und Volksbetrug fängt jedoch nicht erst beim Herunterreden einer Gefahr an, die aus jedem einzelnen als sogenannten Islamisten identifizieren „Neu-Thüringer“

entsteht. Selbsternannte Islam-Versteher reden sich und anderen nämlich nach jedem neuerlichen Vorkommnis ein, dass die Islamisten die Quellen des Islams nur mißdeuten würden. Sozusagen unterscheiden sich IS u.a. auf der einen vom Durchschnittsmuslim auf der anderen Seite. Wahr ist jedoch, daß Terroristen und Kopfabsteher viele Aussagen des Korans nur wörtlich nehmen.

„Es gibt im Koran 25 direkte Tötungsbefehle, die Allah ausspricht“

Hier setzt die Islam-Kritik Politologen Hamed Abdel-Samad an. Er hält die Unterscheidung von Islam und Islamismus für Unfug, solange Muslime im Koran das unmittelbare, nicht relativierbare und starr zu befolgende Wort Allahs sehen. In seinem neuesten Buch rechnet er mit der Person und dem Wirken des islamischen Religionsstifters Mohammed ab. Für Muslime ist er eine unfehlbare religiöse Autorität, dessen überlieferten Handlungsweisen ein bindender und zeitloser Charakter zugesprochen wird. „Der Islam hat einen Geburtsfehler. Er ist sehr früh politisch erfolgreich geworden und hat bereits zu Lebzeiten des Propheten Mohammed einen Staat gegründet“, so Abdel-Samad. Daraus folgt nach ihm die ewige Verquickung von Staat und Religion, von Politik und Glauben. In der Biographie Mo-

hammeds ist zu lesen, dass er alleine in seinen letzten acht Lebensjahren mehr als 70 Kriege führte. Genau dieses kriegerische, auf Machtgewinn und Missionierung zielende Leben Mohammeds wird im Koran idealisiert. Völlig unbestritten enthält auch die Bibel blutrünstige Darstellungen und gewaltbejahende Aussagen.

Beginnend mit der Renaissance und der Hochzeit der europäischen Aufklärung las und interpretierte man die Bibel aber historisch-kritisch. Die biblischen Texte wurden fortan aus ihrem Entstehungszusammenhang herausgedeutet und nicht mehr als Wort oder Handlungsauftrag Gottes gewertet. In der islamischen Welt ist das bis heute anders. Wenn heutige Salafisten die „Kuffar“ – ein verächtlicher Ausdruck für „Ungläubige“ – zu bekehren versuchen und im Weigerungsfall auch unterdrücken und bekämpfen wollen, können sie sich unmittelbar auf Mohammed beziehen. Der ägyptische Islam-Kritiker Hamed Abdel-Samad wird daher nicht müde zu betonen, daß zahllose Suren und Verse im Koran Gewalt verharmlosen, fordern und verherrlichen. Er verweist auf 206 (!) Passagen im Koran, die Gewalt und Kriege verherrlichen: „Es gibt im Koran 25 direkte Tötungsbefehle, die Allah an die Gläubigen ausspricht. Warum behauptet man, der ‚Islamische

Staat‘ würde den Koran falsch interpretieren? Die Gotteskrieger interpretieren gar nichts. Sie setzen nur das um, was im Koran unmissverständlich steht.“ Abdel-Samad überrascht deshalb auch nicht die Mordlust des islamistischen Terrorismus. Für ihn verunstalten die Dschihadisten den Islam nicht etwa zur Unkenntlichkeit, sondern sie bringen dessen Wesen zur Kenntlichkeit. Er schreibt: „Eine scharfe Trennung zwischen Islam und Islamismus kann es nur geben, wenn Muslime sich vom islamischen Gottesbild lösen, einen Gott, der die Menschen fernsteuert und sie 24 Stunden am Tag überwacht.

Niemand bestreitet, dass es auch friedliche Muslime gibt, die Gewalt als Mittel der Islam-Verbreitung ablehnen. Das Problem ist – abgesehen davon, dass Muslime im für sie kulturfremden Europa nichts verloren haben –, daß sich die gewaltablehnenden Muslime womöglich weniger auf den Koran berufen können als die muslimischen Gewaltanhänger. Man muß also nicht nur an den „Islamischen Staat“, Boko Haram, al-Qaida und Salafisten denken, um für die letzten 20 Jahre festzustellen: Nicht jeder Moslem ist



Einheits-Studenten

Es ist eines der Herzensanliegen der rot-rot-grünen Koalition in Thüringen: Die Gleichschaltung der Geschlechter. Unterschiede zwischen Männern und Frauen sollen ebenso weggeschwemmt werden, wie die Sprachkultur.

So soll es in Zukunft keine Begrifflichkeiten und Bezeichnungen mehr geben, die einen maskulinen Wortstamm haben. Die Begründung: Frauen würden sich dadurch diskriminiert fühlen. Und so sprechen die Vertreter jener Regierung nicht mehr von Flüchtlingen, sondern von Geflüchteten, Lehrer heißen fortan Lehrkräfte und Studenten sollen gefälligst Studierenden genannt werden.

Und so sollen die „Studierenden“ folgerichtig nicht mehr im Studentenwerk beraten werden, sondern im Studierendenwerk. „Endlich hört diese unsägliche Diskriminierung weiblicher Studenten, pardon, ‚Studierenden‘ auf“, mögen sich eifrige Frauenrechtler, pardon, Frauenrechtler*innen sagen. Jedoch kostet dieses Vergnügen den Thüringer Steuerzahler geschätzte 200.000 Euro. Geld, das anderswo besser aufgehoben wäre. Zum Beispiel in der Umbenennung der Staatskanzlei in „Amtsitz der minderbegabten Landesregierung.“ (red)



Selbst nach den ernüchternden Ergebnissen des EU-Türkei-Gipfels zur Bewältigung der Asyl- und Zuwanderungskrise spricht Bundeskanzlerin Angela Merkel noch von einem „Durchbruch“. Richtig aber ist, dass sich die deutsche Vertretung bei dem Gipfel erwartungsgemäß von der Türkei über den Tisch ziehen lassen hat.

Von Ronny Zasowk und Tobias Kammler

Während die meisten europäischen Staaten weiterhin durchblicken lassen, die Zahl der aufzunehmenden Asylbewerber und Flüchtlinge nicht erhöhen zu wollen, beharrt Merkel auf einer europäischen Lösung. Doch die europäische Solidarität,

von der Merkel gebetsmühlenartig spricht, existiert nicht in der Realität. Merkel weigert sich, eine Obergrenze zur Aufnahme von Asylbewerbern festzulegen, unterdessen führen immer mehr europäische Staaten Grenzkontrollen ein, um ihre Völker vor illegaler Massenzuwanderung zu schützen.

Wie sieht denn nun der „Durchbruch“ von Merkels Asyl-Diplomatie aus? Die Türkei hat sich bereiterklärt, neu auf den griechischen Inseln ankommende Zuwanderer zurückzunehmen, wenn die EU sich im Gegenzug bereiterklärt, in der Türkei befindliche Flüchtlinge aufzunehmen. Da die meisten europäischen Staaten schon signalisiert haben, ihre Kontingente nicht erhö-

hen, sondern stattdessen reduzieren zu wollen, wird die Hauptlast weiterhin auf Deutschland liegen.

Eine weitere Forderung der Türkei, die „bis spätestens Ende Juni“ von der EU in Aussicht gestellt wurde, ist die Aufhebung der Visumpflicht für türkische Staatsbürger. Dies würde die Zuwanderung von Türken nach Deutschland und Europa zusätzlich erleichtern. Die Türkei fordert darüber hinaus, weitere Kapitel in den Verhandlungen zu einem EU-Beitritt zu eröffnen. Laut der Gipfel-Erklärung soll die Eröffnung weiterer diesbezüglicher Verhandlungen „so bald wie möglich“ vorbereitet werden.

Der Pakt mit der Türkei wird die Krise daher eher ver-

stärken denn abschwächen. Denn zu den bisherigen Flüchtlingen werden sich nun auch Hunderttausende Türken gesellen, die visafrei gen Westen reisen können. Und wer kein Türke ist, wird mittels gefälschtem Pass eben schnell einer. So wie im letzten Jahr plötzlich alle Syrer geworden sind. Der Kriminologe Christian Pfeiffer warnt bei FOCUS Online: „Dass die EU sich darauf einlässt, ist eine Riesen-Dummheit“. Und weiter: „Wenn für türkische Staatsbürger ab Juni die Visa-Freiheit gilt, dann bekommen wir eine Welle an illegaler Armutszuwanderung, die wir nicht kontrollieren können.“

Und diese Armutszuwanderung wird zweifelsohne kommen, wenn der Pakt weiterhin aufrechterhalten

wird. Denn arme Türken gibt es in Millionenhöhe. Sie brauchen nun nicht viel Geld für Schlepper und eine lange Reise aufzuwenden. Sie setzen sich einfach in einen Billigflieger und sind wenige Stunden später in Deutschland angekommen - und zwar dauerhaft. Hinzu kommen Tausende Kurden, die sich als politisch verfolgt ausgeben.

Dass die Türkei finanzielle Forderungen stellen würde, war klar. Bisher ging man in Europa von Zuwendungen in Höhe von drei Milliarden Euro aus. Nun ist von zusätzlichen Finanzmitteln die Rede, der türkische Regierungschef Ahmet Davutoglu forderte jetzt sechs Milliarden Euro. Die Türkei weiß, dass besonders Deutschland sich durch seine Weigerung,

nationale Maßnahmen zur Verhinderung illegaler Zuwanderung auf den Weg zu bringen, erpressbar gemacht hat. Die Öffnung der deutschen Grenze für eine beispiellose Massenzuwanderung hat Deutschland nicht nur innenpolitisch, sondern auch auf außenpolitischer Bühne handlungsunfähig gemacht. Die bisherigen Ergebnisse des EU-Türkei-Gipfels sind ein Sieg der türkischen Regierung und eine Bankrotterklärung von Angela Merkels Asylpolitik. Statt sich blind auf das Wohlwollen Erdogans zu verlassen, sollten endlich auch in Deutschland nationale Maßnahmen ergriffen, wirksame und umfassende Grenzkontrollen eingeführt und konsequente Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber vorgenommen werden.

Der Fall Böhmermann

Die Doppelmoral der Gutmenschen



Nachdem der so genannte Satiriker Jan Böhmermann im öffentlich rechtlichen Fernsehen ein „Schmähgedicht“ über den türkischen Präsidenten Erdogan vorgetragen hat, kochten die Emotionen auf deutscher und türkischer Seite hoch. Doch der Fall des Jan Böhmermann versinnbildlicht vor allem eines: Die bundesrepublikanische Doppelmoral.

In Deutschland müsse es erlaubt sein, seine Meinung kundzutun, zu kritisieren oder zu polemisieren. Dieses Argument trugen die Unterstützer Böhmermanns wochenlang wie eine Monstranz vor sich her. Denn als Erdogan den Komiker wegen Beleidigung anzeigte, fühlten sich die selbst ernannten Hüter der Grundrechte auf den Schlipps getreten. Freilich: Die wenigsten haben sich mit den Worten Böhmermanns tatsächlich auseinandergesetzt. Unabhängig davon, daß Erdogan ein unsäglicher Präsident ist, der öffentlich kritisiert werden muß, sollte man wissen, was Böhmermann gesagt hat und wie es

umgedreht ausgegangen wäre.

Man stelle sich vor, daß der Genitalbereich der Angela Merkel im russischen Staatsfernsehen als ekelerregend, stinkend und verschumpelt bezeichnet wird. Außerdem sei sie „sackdoof“, würde sich von Pferden, Kindern und auf Gruppensexorgien begatten lassen und überhaupt sei Merkel eine verkappte Lesbe, die durch Kinderpornos erregt werde. Der russische Sprecher sagt dazu, daß diese Bezeichnungen jedoch verboten seien. Sofort würden deutsche Medien- und Politikvertreter Sturm laufen, Rußland anprangern, den Botschafter einbestellen, internationale Sanktionen fordern oder die diplomatischen Beziehungen gleich aufkündigen. So oder so ähnlich wären die Empörungsläufe in diesem Fall. Jedoch muß man nicht einmal bis nach Moskau schauen. Auf einer Demonstration von Patrioten Anfang April in Gotha bezeichnete ein Redner der Nationaldemokraten die Kanzlerin als dia haus-

propagiertere „schwarze Null“. Ergebnis: Er wurde von Polizeikräften abgeführt, mußte sich wie ein Schwerverbrecher breitbeinig an eine Wand lehnen und wurde vorübergehend festgesetzt. Die Polizeibeamten begründeten dies damit, daß er die Kanzlerin beleidigt habe und man ihn dies vortragen würde. Hierzulande ist der Tatverdacht der Beleidigung also bereits vorhanden, wenn man Merkel eine schwarze Null nennt. Man muß ihre Genitalien oder sexuelle Fantasien gar nicht bemähen.

Anderes Beispiel: Am 10. Februar dieses Jahres wurde der Fraktionsvorsitzende der Nationaldemokraten im Eisenacher Stadtrat vom Amtsgericht zu einer Freiheitsstrafe auf Bewährung und einer vierstelligen Geldstrafe verurteilt, weil er einen Teil der Sinti und Roma, früher Zigeuner genannt, als kriminell und liderlich bezeichnete. Dies sei Volksverhetzung, so das Gericht, und darauf stehen laut § 130 des Strafgesetzbuches bis zu fünf Jahre Haft. Satt 2.670 Strafverfahren wurden

allein im Jahre 2014 diesbezüglich eingeleitet. Gegen Jan Böhmermann, der mit seinem Gedicht natürlich auch einen Teil der hier lebenden Türken verunglimpft hat, wird übrigens kein Strafverfahren wegen Volksverhetzung eingeleitet. Schließlich zählt er eher zum linken und damit etablierten Flügel in der deutschen Medienlandschaft.

„Der freieste Rechtsstaat, den es je auf deutschem Boden gab“ zeigt seine Zähne also fast ausschließlich nur jenen, die Zweifel an dieser Freiheit haben. Das sind in allererster Linie Patrioten, Islamgegner oder Kritiker der Zuwanderung und der großen Volkskanzlerin Angela Merkel. Doch über dieses Zweiklassenrecht und die damit verbundene politische Verfolgung deutscher Staatsbürger empören sich weder die Böhmermanns noch die Meinungsfreiheits-Claquere aus Politik und Medien. Schließlich betrifft es nur die so genannten „Hetzer“, die „Schande“ und das „Pack“. Und die scheinen hierzulande vogelfrei zu sein. (tk)

Die Verhuzung des deutschen Waldes

„Ich wand're ja so gerne am Rennsteig durch das Land“... Als Herbert Roth das Lied der Thüringer schrieb, wurden noch Pferde im Forst eingesetzt. Heute rücken große Gerätschaften das Holz aus dem Wald. Der technische Fortschritt der Wald-Bewirtschaftung ist weithin sichtbar.

Uwe Wollscheidt (Name von der Redaktion geändert) ist Förster. Seit 36 Jahren ist er für die Pflege und die Bewirtschaftung mehrerer Gemeinde- und Staatswälder im Südosten Thüringens zuständig. Als er seine berufliche Tätigkeit begann, hatte er seinen eigenen Rückegaul. Der knapp 800 Kilogramm schwere Kaltblüter unterstützte den damals schon eingesetzten Rückeschlepper LKT-80. Heute sagt Wollscheidt: „Wir haben damals auch schon Schneisen hinterlassen müssen, aber wie wir heutzutage den Wald nach dem Holzeinschlag verlassen, ist katastrophal. Alle 20, 30 Meter schlagen wir Schneisen, damit das schwere Gerät durchkommt. Das ist nicht nur für Wanderer ein optisches Ärgernis. Der Boden wird nach dem Rücken dauerhaft beschädigt.“

Tatsächlich: Wenn 20 Tonnen schwere Fahrzeuge über den Waldboden fah-



Nach der Holzernte nahe der Hohen Sonne bei Eisenach. Der Boden ist zerstört.

ren, ist dieser über lange Zeit zerstört. Aus diesem Grund greifen immer mehr Forstbetriebe auf Pferde oder Moosbänder zurück, die den Boden beim Rücken schonen. Freilich ist dies teurer und aufwendiger. Wollscheidt meint aber: „Wir dürfen nicht nur den Profit im Blick haben, sondern müssen auch sehen, daß auf dem Boden wieder etwas wächst, das Wasser ordentlich abfließen kann und nicht noch mehr Schäden angerichtet werden. Schweres Gerät ist sicher dauerhaft billiger und zeitsparender, jedoch hat diese Technik auch Nachteile, wie man in den Thüringer Wäldern überall sieht.“ Die Zerschneidung des Waldes durch zahlreiche Schneise kann auch für die Tie-

re zur Gefahr werden. Für Rotwild sind Schneisen zwar wie ein Paradies, für andere Arten wiederum gefährlich. Das Waldklima verändert sich, die Vegetation wird zum Hindernis. Der Wald verändert sich nachhaltig. Uwe Wollscheidt plädiert deshalb für eine gesunde Mischung aus Technik und naturnaher Bewirtschaftung. „Gerade wir Thüringer sind stolz auf unseren Wald. Dieser muß auch in Hundert Jahren noch ansprechend und intakt sein. Daher dürfen wir nicht nur den Gewinn der Holzernte sehen, sondern vor allem auch den ökologischen und touristischen Nutzen, den uns unser Wald bietet. Dazu muß jedoch ein Umdenken stattfinden. Es wird Zeit!“ (red)

Obama go home

Wir wollen keine Kriege und TTIP!



Der Besuch des bald aus dem Amt scheidenden US-Präsidenten Barack Obama gibt Anlass, seine Amtszeit Revue passieren zu lassen. Was hatte der erste schwarze Präsident im Weißen Haus nicht alles versprochen, wie viele Naivlinge in Deutschland ließen sich von ihm blenden, weil sie darauf vertrauten, dass seine „Yes, we can“-Rufe nicht nur hohle Phrasen sind, sondern der „mächtigste Mann der Welt“ endlich die Interessen der kleinen Leute vertreten würde?

Heute kann man mit Fug und Recht sagen, dass Obama die wohl größte Enttäuschung war, die es je ins Weiße Haus geschafft hat. Andere US-Politiker ließen keinen Zweifel daran, dass die Profitinteressen der Konzerne es sind, die ihr politisches Handeln leiten. Obama jedoch versuchte den Eindruck zu erwecken, dass er mit der Politik seines Amtsvorgängers, George W. Bush, komplett brechen werde.

Stattdessen setzte er die US-Kriegspolitik fort, ließ durch feige Drohnenattaken mutmaßliche Islamisten ohne vorherige Verurteilung hinrichten und weigerte sich bis zuletzt, das Internierungslager Guantanamo zu schließen. Obama sprach in seiner Amtszeit stets oft und gern von Menschenrechten, sah aber nie ein Problem darin, diese zu verletzen.

Ohne jegliche friedensbringende Leistung wurde Obama im Jahr 2009 der Friedensnobelpreis verliehen, obwohl es seine Politik war, die die Grundlage für die aktuellen Konflikte im Nahen und Mittleren Osten legte. Die zielgerichtete Destabilisierung souveräner Staaten und die finanzielle Unterstützung des sogenannten „Arabischen Frühlings“, der nicht zuletzt zur Stärkung islamistischer Strömungen und des „Islamischen Staates“ im Irak, in Syrien und weiten Teilen Nordafrikas beigetragen hat, tragen die Handschrift Barack Obamas. Wer von Islamismus und Terrorismus redet, darf von der Verantwortung der US-Regierung nicht schweigen.

Die beiden Kernelemente seines Deutschland-Besuchs waren nun das Wer-

ben für die Fortsetzung von Merkels verantwortungsloser Zuwanderungspolitik und für das Zustandekommen des TTIP-Abkommens. Die USA haben bisher lediglich rund 70.000 Flüchtlinge aufgenommen, allein nach Deutschland strömten im vergangenen Jahr ca. 1,1 Millionen Asylbewerber und Flüchtlinge. Dennoch forderte er Europa auf, weitere Zuwanderung zuzulassen. Man müsse alle Menschen gleich behandeln, es dürfe keine Mauern und Barrieren mehr geben, ansonsten führe dies zu Unterdrückung, Apartheid, zu Internierungslagern und zum Holocaust.

Obama pochte bei seiner Rede in Hannover auf die Durchsetzung des TTIP-Abkommens, das zwar den großen US-Konzernen nützen, dem Mittelstand und den Verbrauchern in Deutschland aber schweren Schaden zufügen würde. Wenn es nach dem US-Präsidenten ginge, würde die Wirtschafts-NATO noch in diesem Jahr Realität werden. Dann könnten sich die europäischen Staaten nicht mehr gegen die Herabsetzung europäischer Gesundheits-, Verbraucherschutz-, Umweltschutz- und Sozialstandards auf US-Niveau wehren. Europa würde von Hormonfleisch, Genfraß und anderen US-Bereicherungen überflutet werden. Der US-Präsident erwartet von Deutschland, dass es sich mit der Bundeswehr stärker an der Abschreckung gegen Russland beteiligt. So soll die Bundeswehr ihre Präsenz an der NATO-Ostgrenze verstärken. Neue Konflikte mit Russland werden nicht nur einkalkuliert, sie werden von den USA systematisch vorangetrieben.

Für uns war schon immer klar, was sich durch seinen Deutschland-Besuch einmal mehr bewiesen hat: Obama ist genauso ein Finanzknecht wie alle US-Präsidenten vor ihm. Er vertritt die Interessen des globalen Kapitals, die Völker sind ihm völlig gleichgültig. Obama go home – wir können auf Deine Besuche verzichten, denn wir wollen Deine Kriege und Dein TTIP nicht! Und auf die von Dir gewünschte Massenzuwanderung nach Europa können wir auch gut verzichten! (red)

Neues aus dem Stadtrat Heilbad Heiligenstadt



Foto: Michael Sander, CC BY-SA 3.0

Seit dem Jahr 2014 gehört Matthias Fiedler dem Stadtrat der Kreisstadt Heiligenstadt an. Hier stellte er als Einzelkämpfer im ersten Jahr seiner Mitgliedschaft bereits Dutzende Anfragen an die Stadtverwaltung. Diese befaßten sich in erster Linie mit baulichen Maßnahmen, aber auch mit dem Thema der Überfremdung unserer Kreisstadt.

Da er die Entwicklung aus anderen Regionen bereits kannte, ahnte er schon, daß es mit der Ruhe in der 16.000 Einwohner zählenden Stadt schon bald zu Ende sein würde. Bereits nach den Wahlkämpfen konnte der aufmerksame Beobachter eine Veränderung in Heiligenstadt erkennen. Wohin der massenhafte Zugang kulturfremder Menschen führen wird, wissen wir alle. Während von den Organen der Stadt, besonders vom Bürgermeister immer wieder von einer neuen „Willkommenskultur“ schwadroniert wird, blieben sozialschwache deutsche Familien weiter zurück.

„Wenn es überhaupt eine Willkommenskultur gibt, die einer neuen Betrachtung unterliegen sollte, dann ist es jene, die wir jungen Eltern und ihren Kinder zukommen lassen. Die Altparteien versuchen nach wie vor die großen Probleme unserer Zeit mit dem Schöpflöffel zu lösen.“ Zitat einer Rede

Der Haushalt unserer Stadt wird bei jeder Gelegenheit zu Gunsten der „Neubürger“

geschröpft. Leittragende sind die deutschen Familien und all jene, die sich an unserer deutschen Kultur erfreuen. Kultur und Familie sind die ersten Posten, die in Haushalten zusammengestrichen werden!

Gerade vor dem Hintergrund, daß in Heilbad Heiligenstadt erstmals eine Schule geräumt wurde um Asylbewerber unterzubringen, wird er mit vielen Freunden und Sympathisanten an der Seite der Menschen in Heiligenstadt stehen und keinen Meter zurückweichen, ehe nicht eine deutsche Lösung gefunden worden ist. Deshalb ist es Ehrensache, daß er alle Initiativen und Veranstaltungen, die sich gegen den Bevölkerungsaustausch richten, nach Kräften unterstützt.

Wenn Sie Fragen oder gar Anregungen zu aktuellen Vorgängen in Heilbad Heiligenstadt haben, melden Sie sich bitte.

e-post :fiedler@npd-eichsfeld.de

Netzseite: npd-eichsfeld.de/wp/stadtrat

Facebook: <https://www.facebook.com/Matthias.Fiedler.Eichsfeld>



Vom Geschwätz über den „Rechtsstaat“ Bundesrepublik Deutschland

Pressefreiheit? Meinungsfreiheit? Gewerbefreiheit? - Fehlanzeige!

Presse- und Meinungsfreiheit sind die wichtigsten Grundrechte des Grundgesetzes. Wer diese behindert oder bricht sollte ein Fall für den Grundgesetzschutz sein. In Deutschland heißt dieser – trotz nicht vorhandener Verfassung - „Verfassungsschutz“.

Wenn also Organe der Legislative Bürger dieses Landes dieser Rechte beraubt, müßten bei diesem „Verfassungsschutz“ sofort die Alarmlampen leuchten und Ermittlungen aufgenommen werden.

Nur damit besäßen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland die moralische Legitimität, anderen Staaten bzw. deren Repräsentanten, Vorträge über „Demokratie“ und „Menschenrechte“ zu halten. Immer wieder gern praktiziert, wenn es gerade gegen Weißrußland, Nordkorea, Iran, Rußland, Syrien oder vergleichbare „Schurkenstaaten“ passt.

Leider sieht es in der real existierenden BRD anders aus. Seit 1998 ist der Verleger und Publizist Thorsten Heise als nationaler Unternehmer tätig. Gewaltfrei, mit den Mitteln des Wortes.

Seitdem gab es gegen ihn 50 Hausdurchsuchungen. Anlaß dabei waren jeweils willkürliche Verdachtsmomente, daß mal auf einer CD oder mal in einem Buch etwas Nonkonformes vorkommen könnte, das „in dem freiheitlichsten Rechtsstaat, den es je auf deutschem Boden gab“, wie es einst ein Witzbold formulierte, als „Meinungsverbrechen“ gelten würde. Orwells „1984“ läßt grüßen.

Meistens war eine Denunziation ausreichend, um gleich Polizei, oder auch Landes- bzw. Bundeskriminalamt im Verlag aufmarschieren zu lassen. Daß das BKA es dabei jeweils auf maximale Zerstörung anlegt und bei zwei Durchsuchungen nach Angaben des Betroffenen 100.000 Euro Sachschaden anrichtete, läßt unbefangene Beobachter an eine politische Polizei denken. Genau die sollte es allerdings in einem Rechtsstaat mit Gewaltenteilung – als Gegensatz zu Unrechtsregimen - nicht mehr geben. Aber hat nicht eben erst Horst Seehofer als Regierungsmitglied diesem Staat „Unrechtsherrschaft“ bescheinigt? Und hat die Lügenpresse dies nicht als völlig absurd bezeichnet?

Alleine am Beispiel des Bundesbürgers und Unternehmers Thorsten Heise läßt sich Seehofers Behauptung belegen.

Heise verklagte nach einer Durchsuchung durch das BKA, bei der absolut gar nichts gefunden wurde (auch keinen der berühmten Zu-

fallsfunde, die jede Durchsuchung im Nachhinein legitimieren!), das Land Thüringen auf 25.000 Euro, obwohl der Sachschaden weit höher war. Heise klagte durch drei Instanzen. Tatsächlich wurde ihm eine Schadensersatzsumme zugesprochen. Aber darf ein Nationalist in der BRD wirklich Recht oder gar Schadensersatz erhalten? Wie es der Zufall will, waren vom Anwalt des Landes Thüringen so viele Gutachter geladen worden, daß von der Schadensersatzsumme nichts blieb. Heise mußte sogar noch 500 Euro zuzahlen. Natürlich gab es schon vorher Stimmen aus dem nationalen Spektrum, die genau das vorhergesagt hatten. Diese dürfen sich nunmehr darin bestätigt fühlen, daß im demokratischen System nur diejenigen teilhaben und eine eigene Meinung haben dürfen, die sich systemkonform verhalten.

Bei Systemvertretern in Polizei, Justiz Politik, Medien und Geheimdiensten herrscht nun möglicherweise Genugtuung. Die politische Lage im Lande ist allerdings eine andere. Das Vertrauen des Volkes in die politische Klasse und Lügenpresse ist bereits zerstört. Polizei und Justiz hatten bisher noch einen gewissen Vertrauensbonus im Volk. Die Polizei hat mit ihren Lügen und Vertuschungen bereits viel davon eingebüßt. Das hier beschriebene Vorgehen gegen politisch Andersdenkende macht dies nicht besser.

Und die Justiz? Heise muß, anders als etwa antideutsche Journalisten und Verleger, jedes Buch, jeden Tonträger, jeden Aufkleber von einem Anwalt auf Gesetzeskonformität überprüfen lassen. Das zwingt ihn zu einem festen Beratervertrag mit einem Anwalt. Aber selbst ein Rechtsgutachten über ein Buch bedeutet längst keine Rechtssicherheit. Offiziell gibt es in der BRD keine Zensurbehörde. Gibt es auch nicht. Vielmehr heißt diese „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien“. Wird also ein Buch produziert, und liegt diese Investition auf vier Europaletten im Lager, dann kommt ein Indizierungsbescheid z.B. vom „Bundesamt für Verfassungsschutz“. Wenn der Indizierung stattgegeben wird (was bei nationalen Inhalten meist reine Formsache ist), darf das Buch nicht mehr öffentlich zugänglich gemacht, im Versandhandel vertrieben, Werbung dafür gemacht oder an Jugendliche abgegeben werden. Der Verkauf kommt also zum Erliegen, die Bücher können getrost eingestampft werden.

So wurde gegen Heises Verlag gerade ein kompletter Jahrgang der von ihm verlegten Zeitschrift „Volk in Bewegung“ indiziert. Von

den mehr als 25 Indizierungen der vergangenen Jahre ganz zu schweigen. Natürlich gibt es keine Zensur im „Rechtsstaat BRD“. Man hat hier feinere Instrumente als in Nordkorea. Auf die geschilderte Art und Weise kann man einem nationalen Unternehmer wesentlich mehr schaden und gleichzeitig unliebsame Literatur aus dem Verkehr ziehen. Doch damit nicht genug.

Wie aus heiterem Himmel wurde Heise 2013 nach über 35 Jahren sein Konto bei der Volksbank Göttingen gekündigt. Die Konten seiner Frau und der Kinder gleich mit. Sippenhaft? Hatten wir das nicht schon einmal? Wo ist eigentlich der Unterschied zu den ach so furchtbaren Zeiten der deutschen Geschichte? Heise dazu: „Ich muß betonen, daß ich unsere Konten nie überzogen hätte oder ähnliches. Das alles ohne Begründung, ganz ordentlich nach allgemeinen Geschäftsbedingungen. Also bin ich zur Sparkasse Eichsfeld gegangen und eröffnete dort ein Konto für mein Unternehmen. Nach zwei Monaten die Kündigung. Ich ging zur Commerzbank, nach zwei Monaten Kündigung. Dasselbe bei GLS Bank, HypoVereinsbank, Sparkasse Werra Meißner.“ 30 Banken habe er angeschrieben, so Heise, „und nur Absagen bekommen“.

Also dachte er sich, bei den öffentlich-rechtlichen Banken steht jedem ein Konto zu und somit klagte er gegen die Sparkasse Eichsfeld. Nun, nach zwei Jahren und 6.000 Euro Gerichtskosten erging das Urteil vor dem Thüringer Oberlandesgericht. Die Richterinnen Ross, Napp-Keske und Wienröder sind der Meinung, daß einem nationalen Unternehmer kein Firmenkonto zusteht. Endurteil, keine Revision möglich! Während überall diskutiert wird, ob Bargeld ganz abzuschaffen ist, behindert einen nationalen Unternehmer die Kontenlosigkeit nicht, so das Urteil.

Heise kündigt an, Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht zu erheben. Was kommt dabei raus? Heise glaubt nicht mehr an einen Erfolg oder gar Gerechtigkeit im „Rechtsstaat BRD“.

Gab es eigentlich einen Aufschrei der Qualitätspresse über solch skandalöse Putschmaßnahmen des Staates gegen Presse-, Meinungs- und Gewerbefreiheit?



Thorsten Heise, nationaler Unternehmer damit unter staatlicher Daueraufsicht.

Ganz im Gegenteil. Heise berichtet, daß er seit 1998 70 Unterlassungsverfahren gegen die Systempresse geführt habe. Er mußte erfahren, „daß die Richter in Deutschland die Pressefreiheit sehr hoch ansetzten, so daß wir den Medien manches haben durchgehen lassen müssen“. Wohlgermerkt gelten bei Richtern offenbar gegen nationalgesinnte Medienvertreter wie Heise andere Maßstäbe.

Heise: „Aber immerhin habe ich achtundsechzig Prozesse gegen z.B. Focus, Stern, SWR, TAZ, HNA, Neue Presse, Blick nach Rechts u.a. gewonnen! Nur zwei Verfahren gingen verloren. Man möchte sagen, die Lügenpresse verbiegt die Wahrheit, wie es gerade paßt. Sie ist eben größtenteils antideutsch ausgerichtet, und das macht sich jeden Tag bemerkbar.“

Auch außerhalb staatlicher Stellen wirken selbst Einrichtungen wie „Wikipedia“ an der Hetze gegen Andersdenkende mit. Falschangaben über Heise wurden dort nach erfolgter Korrektur nach spätestens 30 Minuten mit den alten Daten wieder eingepflegt, Berichtigungen sind verschwunden. Juristische Klagen ergeben keinen Sinn, da es niemanden gibt, der angreifbar an der Spitze des Medienkonzerns Wikipedia (immer öfter auch „Wikilügia“ genannt) steht.

Trotzdem berufen sich deutsche Gerichte in Urteilen über nationale Menschen auf Daten aus Wikipedia! Wohin diese Urteile zielen ist nach Heises Ansicht ganz klar: auf die Existenzgrundlage der Nationalen Verlage, die eben nicht die Meinung der lizenzierten Systempresse vertreten.

Da bleibt Heise wohl nur aufzugeben, oder seine Zeitschrift als Organ der Lügenpresse umzugestalten? Heise dazu: „Nein, sicher nicht! Meine Familie stammt aus Pommern und über seine pommerschen Grenadiere sagte der Alte Fritz einmal: „Je stärker die unter Beschuß stehen, umso sturer halten sie stand!“

Info-Gutschein

<input type="checkbox"/> Bitte übersenden Sie mir Infomaterial der NPD.	<input type="checkbox"/> Ich möchte Mitglied der NPD werden (ab 16 Jahren).
<input type="checkbox"/> Ich möchte der NPD mit einer Spende helfen. Bitte nehmen Sie Kontakt mit mir auf.	<input type="checkbox"/> Ich möchte Ihre Zeitung EICHSELSTIMME kostenlos abonnieren

Name, Vorname

Straße, PLZ, Ort

eMail

Telefon

NPD, Pf. 104, 37301 Heiligenstadt

www.npd-eichsfeld.de
[/npdthueringen](https://www.facebook.com/npdthueringen)

03691 / 888 63 03
Fax 03691 / 888 63 04

info@npd-eichsfeld.de

Spedienkonto:
NPD Eichsfeld
BLZ: 82057070
Kreissparkasse EIC
Kontonr.: 106007190

Paypal:
info@npd-eichsfeld.de